

B e s c h l u s s

Zukunftsfähigkeit der Mitte-Deutschland-Verbindung herstellen - Flaschenhalse für Güterzüge, Schienenpersonenfern- und -nahverkehr beseitigen

Der Landtag hat in seiner 61. Sitzung am 21. Oktober 2021 folgenden Beschluss gefasst:

Die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) wurde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eingeordnet, wird durch den Bund finanziert und die Deutsche Bahn AG umgesetzt. Die Vorplanung ist abgeschlossen. Der durchgehende zweigleisige Ausbau der Strecke ist für Thüringen ein wesentlicher Bestandteil für eine zukünftig effektive Nutzung dieser Hauptstrecke.

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die vollständige Elektrifizierung und der durchgängige zweigleisige Ausbau der MDV sind ein entscheidender Beitrag für die Verkehrswende, einen leistungsstarken öffentlichen Personennahverkehr und den Klimaschutz im Freistaat Thüringen. Die MDV ist wesentlicher Bestandteil eines wirtschaftlich effektiven, klimapolitisch sinnvollen und ausbaufähigen Verkehrsnetzes in Mitteldeutschland.
2. Es besteht großer Zeitdruck für eine grundsätzlich positive Entscheidung zum durchgängigen zweigleisigen Ausbau der MDV, um die Planungen der Deutschen Bahn für die Elektrifizierung der Strecke bis zum Jahr 2028 einhalten zu können.
3. Nur die Verbindung der Elektrifizierung mit dem durchgängig zweigleisigen Ausbau schafft die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Taktfolge und verlässliche Vertaktung des Nah- und Fernverkehrs zwischen den Knotenpunkten und gewährleistet die Möglichkeit für ein Angebot an zukünftige Fernverkehrsbetreiber. Für eine stabile Bedienung der größten Thüringer Städte in S-Bahn-Qualität ist ein durchgängiger zweigleisiger Ausbau zwischen Weimar und Gera wichtig.
4. Der durchgängig zweigleisige Ausbau schafft die Voraussetzungen für eine Nutzung der MDV durch Güterverkehr und damit für die Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene. Die Berechnung des Bundes mit nur drei Güterzugpaaren pro Tag zwischen Weimar und Jena sowie mit lediglich einem Güterzugpaar zwischen Gera und Gößnitz ist zu niedrig angesetzt und widerspricht dem Ziel der Bundesregierung, Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.

5. Die gemeinsame Planung und der koordinierte, gemeinsame Ausbau von Elektrifizierung und durchgängiger Zweigleisigkeit durch den Bund ist wirtschaftlich darstellbar und effizient.
 6. Der Bund trägt die Hauptverantwortung für den klimafreundlichen, effektiven und einsatzfähigen Ausbau der Schieneninfrastruktur in Deutschland.
 7. Mit dem durchgängig zweigleisigen Ausbau der MDV zwischen Weimar und Gera wird ein im Zuge der Reparationsleistungen abgebauter Schienenstrang wieder als Kernstrecke in Mitteldeutschland reaktiviert.
- II. Der Landtag bittet die Landesregierung,
1. sich beim Bund mit Nachdruck und unter Beachtung der engen Zeitleiste für den zweigleisigen Ausbau der Strecken zwischen Gera und Töppeln sowie Hermsdorf-Klosterlausnitz und Papiermühle einzusetzen;
 2. in der Verkehrsministerkonferenz um Unterstützung für den koordinierten Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zu werben;
 3. die Bundesregierung zu bitten, im Zuge der Planungen für die Elektrifizierung die Voraussetzungen für den durchgängigen zweigleisigen Ausbau der beiden genannten Strecken zu berücksichtigen, einzuplanen, abzustimmen, gemeinsam vorzunehmen und die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen;
 4. in den Verhandlungen mit dem Bund sicherzustellen, dass die Entwurfs- und Genehmigungsplanung des zweigleisigen Ausbaus zwischen Jena und Gera zeitnah beauftragt wird, sowie die Finanzierung gegenüber der Vorhabenträgerin - der DB Netz AG - verbindlich zugesagt wird, so dass die zeitgleiche Inbetriebnahme der Streckenelektrifizierung und des zweigleisigen Betriebs zum Fahrplanwechsel im Dezember 2028 gewährleistet ist;
 5. die besondere Rolle einer zweigleisig und elektrifizierten Mitte-Deutschland-Verbindung für die zukünftige Verkehrsanbindung Mitteldeutschlands im Schienenpersonen- und im Schienengüterverkehr darzustellen;
 6. mit dem Freistaat Sachsen über die weitere Verknüpfung der Angebote im Schienenverkehr im Austausch zu bleiben und über die schnellstmögliche Wiederverlängerung der Regionalexpresslinie 1 zu den westsächsischen Oberzentren Chemnitz und Zwickau zu verhandeln;
 7. mit der Deutschen Bahn AG gemeinsam die nächsten Schritte für ein koordiniertes Vorgehen für die Vorbereitung eines zweigleisigen Ausbaus zu beraten;
 8. eine Prüfung über den Einsatz von europäischen Fördermitteln oder Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz als alternative Finanzierungsmöglichkeit vorzunehmen; den konkreten Arbeitsstand und die geplante Zeitschiene für die Elektrifizierung und die Möglichkeiten des zweigleisigen Ausbaus einschließlich der Rahmenbedingungen für eine mögliche finanzielle Beteiligung des Freistaats nach Vorlage der Prüfungsergebnisse darzustellen;
 9. die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Ziel eines 'Regio-S-Bahn-Angebots' auf der thüringischen Städteachse voranzutreiben und dazu sowohl Angebotserweiterungen als auch zusätzliche Haltepunkte zu prüfen;

10. dem Landtag im Dezember 2021 und dem für Verkehr zuständigen Ausschuss des Landtags danach halbjährlich zum aktuellen Sachstand zu berichten.

In Vertretung
Marx
Vizepräsidentin des Landtags